

KW 29 Teil 1

Auch wenn es nur 350 Kilometer waren, eine Woche mal Abstand von Berlin nehmen, tat gut. In dem 80.000 Einwohner Städtchen **Minden** nördlich der **Porta Westfalica**, interessiert sich kein Mensch für Berlin. Die hiesigen Sozialdemokraten schauen bestenfalls mitleidig auf die Bundes- bzw. Hauptstadtgenossen. In Minden ist die SPD mit 35 Prozent stärkste Kraft vor der CDU mit 25 und der AfD mit 17 Prozent. Grüne, FPD und Linke spielen nur Nebenrollen. SPD-Stadtoberhaupt **Peter Kock** wurde erst kürzlich mit 57 Prozent im Amt bestätigt.

Von diesen Werten ist **Steffen Krach** in Berlin mit zwölf Prozent genauso weit entfernt wie **Klingbeil/Bas** im Bund.

Bund – Forschungsgruppe Wahlen 17.07.2026
CDU/CSU 23 -1 (zur Umfrage vom 19.06.2026), AfD 27 -1, SPD 12 -1, Grüne 14 +2, Linke 13 +2
Berlin – Infratest dimap 16.07.2026
CDU 20 +3 (zur Umfrage vom 01.07.2026), SPD 12 -1, Grüne 17 -2, Linke 22 +2, AfD 16 -2.

Dass sich die Turbulenzen bei der Hauptstadt CDU auf das Konto der SPD einzahlen, scheint widerlegt zu sein: Minus 1 Punkt vom 1. zum 16. Juli 2026. So wie es aussieht, kommen die abtrünnigen und von **Kai Wegner** enttäuschten Wähler zurück zu **Stefan Evers**, plus 3!



Foto: Ed Koch

Wenn man auf dem Marktplatz von Minden, je nach Tageszeit, bei einem Milchkaffee oder Grauburgunder über Berlin nachdenkt, wird einem schwindelig. So schnell ist noch kein Regierender Bürgermeister mit Wiederwahlambitionen abgeräumt worden wie **Kai Wegner**. Zwar ist er noch pro forma im Amt, aber die wichtigen Termine hat inzwischen Bürgermeister **Stefan Evers** übernommen. Das ist klug. Am 9. Juni wurde Wegner mit 93 Prozent Zustimmung zum Spitzenkandidaten gewählt. Sieben Minu-

ten Beifall, obwohl die Delegierten das Schwert des Damokles über sich hätten schweben sehen müssen.

Auch wenn ich der Letzte bin, der das behauptet, aber Wegner hat m.E. bis zum 3. Januar einen guten Job gemacht und halbwegs geräuschlos die Koalition mit der SPD geführt. Seine Personalpolitik allerdings war grottenschlecht, was elf Abgänge in drei Jahren dokumentieren, der zwölfte ist er nun selbst.

Dann kam der Schicksalstag, der 3. Januar. Ein im wörtlichen Sinne schwarzer Tag für die vom Stromausfall betroffenen Menschen, und wie sich nun zeigt, für Wegner selbst. Der 3. Januar war der Beginn des Endes der Laufbahn von **Kai Wegner** als Regierender Bürgermeister.

Unklar ist bis heute, wie es zu diesem Aussetzer kommen konnte, mit den Höhepunkten Tennisspielen und Merz-Telefonat. Wissentlich die Unwahrheit zu sagen, übersteht ein Politiker ebenso wenig wie ein Lachen am falschen Ort zur falschen Zeit.

Wegner hat schlicht und einfach die Lage falsch eingeschätzt, weil ihm niemand die Lage erklärt hat. Und da fragte ich mich auf dem Marktplatz von Minden, wer Wegner eigentlich berät. Seine Lebensgefährtin **Katharina Günther-Wünsch** kommt wohl nicht in Frage, ganz im Gegenteil. Aber, wo waren seine Referenten, sein Presseamt, der Chef der Senatskanzlei?

Von Statement zu Statement ritt sich Wegner immer mehr in die Scheiße. Aus Telefonaten wurden Textnachrichten, und Bundeskanzler **Friedrich Merz** kann sich an kein Telefonat mit Wegner erinnern. Verheerend, dass der **Tagesspiegel** erst die Justiz bemühen musste, um Informationen über Wegners Tagesablauf am 3. Januar von der Senatskanzlei und dem Bundeskanzleramt zu bekommen.

In Berlin bleibt nichts geheim. Alles kommt raus. Das weiß man doch! Über jede politische Blähung landet sofort ein Protokoll beim **Tagesspiegel**, der **Morgenpost** oder dem **rbb**.

Nach dem Milchkaffee am Morgen, lasse ich am Abend beim Grauburgunder auf dem Mindener Marktplatz den 7. Juli vor meinem geistigen Auge noch einmal Revue passieren. Ausgerechnet zu Beginn des Hoffestes setzten **Tagesspiegel** und **Morgenpost** in zwei Kommentaren den Schlusspunkt hinter Wegners Karriere. **Anke Myrrhe** formulierte es höchst dramatisch: „*Kai Wegner und seine Lügen: Es geht um die Grundpfeiler der Demokratie. Es ist nun amtlich belegt, dass der Berliner Regierungschef es nicht so genau nimmt mit der Wahrheit.*“ Direkter kann man niemand zum Rücktritt auffordern.

Und **Joachim Fahrún** schrieb: „Von einem Regierenden Bürgermeister muss man erwarten, dass er die Bürger nicht vorsätzlich belügt. Kai Wegner hat diese Mindestanforderung nicht erfüllt. ... das Kartenhaus der Unwahrheiten ist zusammengebrochen.“

Und so hielt Wegner beim Hoffest seine Abschiedsrede. Er wusste es wohl und die Insider tuschelten in den Gängen. Beim Fotoshooting mit Wegner, Wowereit und Müller sagte **Klaus Wowereit** wissend oder ahnend: *Drei ehemalige Regierende Bürgermeister.*

Zwei Tage nach dem Hoffest war **Kai Wegner** Geschichte. Die KW 28 kann getrost als historisch bezeichnet werden. Die KW 29 war die verdiente Erholung.

In atemberaubender Geschwindigkeit übernahm **Stefan Evers** die Spitzenkandidatur und defacto auch das Amt des Regierenden Bürgermeisters gleich mit. Zuerst warf er die Generalsekretärin raus und hätte sicherlich auch gern im Roten Rathaus aufgeräumt. **Sein erstes Statement: „Ich bin nicht Kai Wegner!“** Er wiederholte es oft, damit es auch jeder begreift.

Am 13. Juli startete nun der richtige Wahlkampf mit einem **rbb-Spezial**. **Volker Wiewrecht** plauderte erst mit **Stefan Evers** und **Steffen Krach**, als würde sich die Wahl zwischen ihnen entscheiden. Krach hatte Wegner als möglichen Koalitionspartner ausgeschlossen, auf Evers ging er zu, trotz großer inhaltlicher Differenzen.

In einer zweiten Runde durften die Vertreter der drei anderen Parteien über die CDU staunen. Lediglich **Kristin Brinker** von der AfD ist Spitzenkandidatin ihrer Partei, Linke und Grüne schickten mal wieder die zweite Reihe. Statt **Werner Graf** erschien erneut **Bettina Jarasch**, die 2023 mit ihrem Projekt Friedrichstraße den Grünen den Wahlsieg vermasselte. Sich einen TV-Auftritt mit einer Reichweite von einer halben Million Zuschauern entgehen zu lassen, ist fahrlässig. Herr Graf soll angeblich im Urlaub gewesen sein. Es gibt derzeit nur einen Politiker, der sich Urlaub leisten kann, und das ist **Kai Wegner**.

Stefan Evers hat alle Chancen, die CDU wieder auf Platz Eins zu bringen. Von vier auf zwei hat er schonmal geschafft. Evers verkörpert das, was auch **Steffen Krach** für sich in Anspruch nehmen kann: Jung (beide sind 46), dynamisch, erfahren und unbelastet. Das größte Problem von Krach ist und bleibt die Bundespartei, von der er keinen Schub erwarten kann. Evers zeigt aber, dass man auch ohne Bundespartei zurechtkommen kann. So wie Krach weder Klingbeil noch Bas bitten sollte, in seinem Wahlkampf aufzutreten, sollte Evers auch auf **Friedrich**

Merz verzichten. Für Berlin wäre es gut, ohne Linke und Grüne regiert zu werden, was nach Lage der Dinge schwer möglich sein wird. Die Linke 2026 ist nicht mehr die Linke von **Harald Wolf**, **Gregor Gysi** und **Klaus Lederer**. Und einen Mobilitätsklotz wie die Grünen kann sich Berlin auch nicht leisten.

Wenn es in Berlin unerträglich werden sollte, dann wissen Sie ja, wo sie mich dann treffen können: Auf dem Marktplatz von Minden.

Was noch?

Berlin ist die Umsonst-Hauptstadt, was vor allem **Markus Söder** immer wieder anprangert, weil er glaubt, allein die Rechnungen zu bezahlen. Ganz falsch liegt er wegen des Länderfinanzausgleichs damit nicht. In Berlin ist vieles kostenfrei, wofür andernorts Gebühren verlangt werden. Zum Beispiel Kitas. Nur in Berlin und Brandenburg sind diese kostenfrei. Evers zweiter Satz nach „Ich bin nicht Kai Wegner“ war, dass sich Besserverdienende an den Kosten beteiligen könnten. Ist das nicht das, was die SPD will? Offenbar doch nicht. Denn **Steffen Krach** geht auf **Stefan Evers** los.

„**Stefan Evers** lässt jetzt endgültig die Maske fallen und fährt mit der CDU einen Frontalangriff auf die Familien in Berlin. Zuerst will er das kostenlose Schulessen für die Kleinsten abschaffen, jetzt schickt er seine Verkehrssenatorin **Ute Bonde** los, um das kostenlose Schülerticket zu streichen. Ist als Nächstes die gebührenfreie Kita dran? Das alles belastet Hunderttausende Familien in Berlin massiv um Hunderte Euro im Monat. Jetzt wissen die Berlinerinnen und Berliner, was sie mit Evers bekommen, nämlich eine fette Rechnung. Ich sage unmissverständlich: Hände weg von den Familien. Ich will Berlin zu einer familienfreundlichen Metropole machen, die Eltern entlastet und die Bedarfe von Kindern in den Mittelpunkt der Politik stellt. Dafür kämpfen wir auch bei dieser Wahl.

Am 20. September haben die Berlinerinnen und Berliner eine klare Entscheidung, sie können zwischen einer CDU wählen, die Familien belastet, bei Kindern kürzt und an der Zukunft den Rotstift ansetzt - und einer SPD, die Familien stärkt, Kinder schützt und dafür sorgt, dass gute Bildung, Mobilität und faire Chancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.“

Man müsste die Sache vielleicht etwas differenzierter sehen. Gebühren zu erheben, ist ein immenser Verwaltungsaufwand. Wer wie viel zahlen soll, muss nachgewiesen werden. Der einfachste Weg ist natürlich, alles kostenlos anzubieten. **Ist das aber nicht ungerecht, wenn diejenigen, die es sich leisten könn-**

ten, nur der Einfachheit halber nichts bezahlen müssen? Darüber sollte man im Wahlkampf nachdenken und vor allem nachrechnen.

Noch was? Ja.

Das Thema enteignen bzw. vergesellschaften ist längst nicht vom Tisch und wird den Wahlkampf mitbestimmen. **Vonovia** hat eine Studie in Auftrag gegeben und das Ergebnis offenbar geheim gehalten. Darüber berichten die Grünen. **Katrin Schmidtberger**, Sprecherin für Wohnen und Mieten: „Vonovias Studie bestätigt schwarz auf weiß, was wir seit Jahren wissen: Die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner will die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne. Dass der Konzern diese Studie geheim gehalten hat, spricht Bände. Kaum wurde die Zustimmung bekannt, soll Berlin die Vergesellschaftung per Bundesgesetz verboten werden. Das ist Lobbyismus und das Aushöhlen von Demokratie zum Schutz von Konzerninteressen.“

Die Studie beweist zugleich: Vonovia weiß inzwischen selbst, dass Vergesellschaftung rechtlich möglich und umsetzbar ist. Mit ihrem Geschäftsgebaren haben die großen Wohnungskonzerne seit Jahren das Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner verspielt. Die Vergesellschaftung ist der politische Boomerang für das Geschäftsmodell der großen Wohnungskonzerne.

70 Prozent der Berlinerinnen und Berliner wollen laut der Studie keinen kapitalgetriebenen, sondern einen gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Genau dafür kämpfen wir – gemeinsam für den Wiener Weg für Berlin: Für einen Wohnungsmarkt, in dem die Mehrheit der Wohnungen Genossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften gehören und so dauerhaft bezahlbar bleiben.“

Und das noch!

Auch kleine Parteien, die in den Umfragen unter Sonstige zu finden sind, haben gute Ideen. Zum Beispiel **Volt**. Im Wahlprogramm wird gefordert:

Eine **Verwaltung**, die liefert. Verbindliche Bearbeitungsfristen nach dem Dreimal-Ja-Prinzip: Jeder vollständige Antrag wird sofort bestätigt, klar zugeordnet und innerhalb einer festen Frist entschieden – einfache Standardfälle in zehn Arbeitstagen. Nachweise müssen nur einmal eingereicht werden, nach dem Once-Only-Prinzip wie in Estland.

Wohnraum, der bezahlbar ist. Flächen für 300.000 neue Wohnungen, 30.000 zusätzliche Wohnungen durch die Umnutzung leerstehender Gewerbeflächen, schneller bauen durch digitale, automatisierte

Genehmigungen statt jahrelanger Prüfung, günstiger bauen nach dem Hamburg-Standard – und Housing First für wohnungslose Menschen.

Mobilität, die alle mitnimmt. Rufbusse und autonome Shuttles für die Außenbezirke, Vollautomatisierung der U-Bahn, bis 2030 Umbaupläne für alle noch nicht barrierefreien Stationen. Und sichere Straßen mit dem Ziel ‚Vision Zero‘ – kein einziger Verkehrstoter, wie es Helsinki bereits geschafft hat.

Bildung, die trägt. Sprachförderung ab vier Jahren, multiprofessionelle Teams an Kitas und Schulen, das neue Schulfach „Lebenskompetenz“ – von psychischer Gesundheit bis Steuern –, eine Ausbildungsplatzgarantie und ein Berliner Azubiwerk für bezahlbaren Azubi-Wohnraum und lebenslanges Lernen durch Weiterbildung.

Eine **Wirtschaft**, die Zukunft schafft. Berlin wird Ankerkündin für Startups und kauft neue Technologien als Erste ein, ein Berliner Zukunftsfonds mobilisiert Wachstumskapital für die Wachstumsphase.

Eine **Stadt**, die sauber ist. Wohnortnahe Kiez-Recycling-Punkte, rund um die Uhr geöffnet, deutlich mehr Mülleimer und häufigere Leerung an Brennpunkten, konsequente Verfolgung illegaler Müllabgabe – und ein ‚Berlin-Pay‘-Belohnungssystem fürs Mitmachen, nach dem Vorbild Kopenhagens.

Morgen erscheint Teil 2 der KW 29. Es geht nach **Porta Westfalica**, womit nicht die malerische Landschaft an der Weser gemeint ist, sondern der Ort gleichen Namens. Wir blicken zurück in die dunkelste Geschichte Deutschlands, eine Geschichte, die keine noch so kleine Gemeinde verschont hat.



Das Erfreulichste zum Schluss:

Am Montag beginnt das ZIGZAG JAZZ FESTIVAL im Schöneberger Gasometer auf dem EUREF-Campus. Jeden Abend, bis auf den 29. und 31. Juli, bester Jazz mit großartigen Künstlerinnen und Künstlern. Infos und Tickets unter:

<https://zigzag-jazzfestival.de/>

Zusammenstellung und Kommentierung der KW 29
Ed Koch